

**Die Lüge von der
„Gefahr aus dem Osten“ –
Ihre Geschichte und Bedeutung**



**Studienmaterial für das Thema
im Bildungsjahr der DKP 1979/80**

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur:

4. PV-Tagung

G. Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979

Weltproblem Abrüstung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1978

Robert Steigerwald, Von wem droht Gefahr?, in: Marxistische Blätter, Heft 4/1979, Seiten 63 – 70

Unidoc-Filme zur Unterstützung des Bildungsthemas:

- | | |
|---|--|
| – Der Fall Gleiwitz | 35 mm, Bestell-Nr. 2571 |
| – Der Rat der Götter | 35 mm, Bestell-Nr. 2381
16 mm, Bestell-Nr. 2382 |
| – US-Eskalation gegen die DRV im April 1972 | 16 mm, Bestell-Nr. 1262 |

Außerdem gut geeignet die Schallplatte mit Branawskis Lied „Die Russen komm'n“.

Seminarfragen:

1. Welche Absichten verfolgen die imperialistischen Meinungsmacher mit der Bedrohungslüge?
2. Warum sind Sozialismus und Friedenspolitik untrennbar miteinander verbunden?
3. Warum ist der Imperialismus die Quelle für Rüstung und Krieg?

Die Lüge von der

„Gefahr aus dem Osten“ – Ihre Geschichte und Bedeutung

Einleitung

Vor 35 Jahren wurde in Deutschland der Faschismus zerschlagen, unser Volk von einem Terrorregime befreit, das auf grausamste Art das eigene Volk und fast alle anderen Völker Europas unterdrückte, von einem Regime, das uns in den schlimmsten aller bisherigen Kriege gestürzt hatte. An den Fronten dieses Krieges starben mehr als zwanzig Millionen Menschen, wurden fünfunddreißig Millionen zu Krüppeln, weitere Dutzende von Millionen Menschen starben in den Konzentrationslagern, Gefängnissen, Gefangenenlagern, im Bombenhagel.

Dieser Krieg brach aus, weil das deutsche Großkapital eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten erzwingen wollte, weil Deutschland ein imperialistisches Land war, das Heißhunger nach fremden Bodenschätzen, Arbeitskräften, Profitquellen entwickelte.

Hinzu kam als Beweggrund, den das deutsche Großkapital gemeinsam hatte mit dem der USA, Englands und Frankreichs: Die sozialistische Sowjetunion sollte ausgelöscht werden. Nicht nur deutsche Konzernbösse, wie Krupp und Thyssen, finanzierten darum die Nazipartei und schoben sie an die Macht. Das Großkapital hoffte, daß die Nazis erstens die starke Arbeiterbewegung des eigenen Landes zerschlagen, zweitens Kurs auf rasche Militarisierung und Rüstung (Riesenprofite) nehmen, und drittens die Sowjetunion angreifen würden. Sie hofften, an die reichen Kornkammern der Ukraine, an Rußlands Bodenschätze, an das kaukasische Erdöl heranzukommen.

Der Hitler-Faschismus war der Knüppel, mit dem das deutsche Monopolkapital terroristisch nach innen und kriegerisch nach außen um sich schlug. Und die sog. freiheitlich-westlichen Demokratien waren an der Planung dieser Verbrechen beteiligt, weil sie als imperialistische Staaten die sich entwickelnde neue, sozialistische Ordnung vernichten wollten.

Entgegen den Hoffnungen jener, die den Aggressionsdrang Hitler-Deutschlands allein gegen die Sowjetunion lenken wollten, begann der zweite Weltkrieg als eine innerimperialistische Auseinandersetzung. Dennoch blieb auch in dieser Zeit das Haupteroberungsziel des deutschen Großkapitals die Sowjetunion. Der Überfall auf die Sowjetunion wurde dabei ideologisch vorbereitet durch die Lüge von der bolschewistischen Gefahr, von der „Bedrohung aus dem Osten“.

Nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands — wobei die Sowjetunion die Hauptlast des Kampfes trug — benutzten die imperialistischen Mächte die Bedrohungslüge, um den kalten Krieg zu eröffnen, den aggressiven NATO-Block zu schaffen, den deutschen Imperialismus wieder zu bewaffnen, den Völkern die ungeheuren Lasten eines wahnwitzigen Rüstungswettlaufs aufzubürden. Heute dient diese Lüge, die unserem Volk und anderen Völkern so viel Leid und Opfer abverlangte, dazu, die Umwandlung unseres Landes in eine gigantische Abschlußrampe für neue amerikanische Atomwaffen zu bemänteln. Damit sollen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten bedroht werden. Unser Land und Volk würden im Ernstfall völlig vernichtet.

Gegen diese volksfeindliche, also sowohl antidemokratische, als auch antinationale Politik, müssen alle verantwortungsbewußten Kräfte unseres Volkes Widerstand leisten. Das erfordert, die im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährliche Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ zu bekämpfen.

1. Welche Absichten verfolgen die Imperialistischen Meinungsmacher mit der Bedrohungslüge?

Die Russen kommen. Pünktlich. Man kann die Uhr nach ihnen stellen. Immer dann, wenn bei uns ein neues Rüstungsprogramm auf der Tagesordnung steht — stehen die Russen „in 48 Stunden am Rhein“. In Wellen rollen die Schlagzeilen durch die Presse, warnen sorgenvoll übernachtigte Fernsehkommentatoren vor der „Gefahr aus dem Osten“. Schlagzeile „Die Welt“ 1953: „Zum Superblitzkrieg bereit — Amerikanische Spekulationen über Moskauer Rüstung“. Schlagzeile „Der Tagesspiegel“ 1977: „Blitzkriegstrategie gegen Europa“. Schlagzeile „Vorwärts“ 1957: „Die Drohung der Roten Flotte“. 1978: „Die Welt“: „Die Rote Flotte plant den Angriff“. 1957 die „Nürnberger Nachrichten“: „Die Sowjetraketen bedrohen USA“. 1978 der „Tagesspiegel“: „Der Vorsprung des Westens ist geschrumpft“.

Was sagen bürgerliche Quellen?

So hämmert die bürgerliche Propaganda ständig auf uns ein. **Was aber sagen die Fakten? Wer hat denn in Wahrheit bisher vorgerüstet? Was sagen selbst bürgerliche Quellen dazu?**

Frankfurter Rundschau

Dienstag, 28. November 1978 · Jahrgang 34 Nr. 266

Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und UdSSR seit 1945.

Waffensysteme	Jahr der Einführung	
	USA	UdSSR
Atombombe	1946	1950
Wasserstoffbombe	1953	1954
Langstreckenbomber	1953	1957
Mittelstreckenraketen (MRBM)	1953	1959
taktische Nuklearwaffen	1955	1956
Interkontinentalraketen (ICBM)	1955	1957
Atom-U-Boote	1956	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959	1968
Anti-Raketen-Raketen (ABM)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1972
Raketen mit mehrfachen, einzeln lenkbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1975
Marschflugkörper, neue Generation (Cruise Missile)	1976	--
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	--

Rölnner Stadt-Anzeiger

Köln, Samstag/Sonntag, 19./20. Mai 1979

Entgegen einer im Westen weitverbreiteten Vorstellung muß man außerdem zugeben, daß die USA meist die ersten waren, die neue Waffen konstruierten. Das gilt für die „ein-

fache“ Atombombe, die über Hiroshima und Nagasaki gezündet wurde, wie für die Wasserstoffbombe; und es gilt für die meisten anderen Atomwaffen.

Oder nehmen wir offizielle NATO-Angaben über Rüstungsetats von NATO und Warschauer Pakt — wobei diese Zahlen sogar manipuliert sind: die NATO legt nämlich ihren Angaben über Rüstungskosten des Warschauer Paktes ihre eigenen Kosten zugrunde. Also ein sowjetischer Panzer kostet so viel wie ein NATO-Panzer (was gar nicht stimmt, weil es z. B. in der Sowjetunion auch bei der Rüstung keine Profite gibt usw.). Dann wird die Zahl der sowjetischen Panzer mit dieser NATO-Angabe malgenommen. Bei anderen Rüstungsgütern wird's genau so gemacht. So entstanden diese NATO-Angaben. Aber man vergleiche selbst noch diese manipulierten Zahlen (wir entnehmen sie dem Buche von G. Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979, S. 56):

Militärausgaben der NATO und der Warschauer Vertragsstaaten zu konstanten (1973) Preisen und Wechselkursen (US-Dollar Mio.)

Jahr	NATO	Warschauer Pakt
1957	99 401	34 000
1958	96 923	33 400
1959	99 834	36 000
1960	99 180	35 658
1961	103 178	44 050
1962	112 340	48 747
1963	112 521	53 369
1964	110 567	51 171
1965	110 085	49 498
1966	124 318	51 833
1967	139 343	56 052
1968	140 872	64 987
1969	136 331	69 212
1970	127 446	70 498
1971	122 523	70 974
1972	125 088	71 240
1973	121 684	71 808
1974	121 960	71 344
1975	120 785	71 363
1976	117 873	71 948
1977	123 459	71 700
insgesamt:	2 504 711	1 198 852

Die NATO gab also von 1957 bis 1977 nach ihren eigenen, sogar noch manipulierten Zahlen, mehr als doppelt so viel für die Rüstung aus als der Warschauer Pakt.

NATO-Angaben

Was nun die im Westen immer wieder genannte sowjetische Mittelstreckenrakete SS 20 angeht, gegen die angeblich die Pershing II nötig sei (also Pershing II als „Nachrüstung“ gegen die SS 20), so erklärte sogar Minister Apel am 2. Februar 1979, daß in Vorbereitung des NATO-Langzeitprogramms **bereits 1975** Beschlüsse zur Verstärkung der amerikanischen Kernstreitkräfte in Westeuropa gefaßt wurden — zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine einzige Rakete vom Typ SS 20.

Verschwiegen wird von der bürgerlichen Propaganda auch, daß Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion nur die Antwort waren auf die vorgeschobenen Kräfte der USA — 1200 Abschußbasen für amerikanische Raketen in der BRD, Großbritannien und Spanien plus 123 britische und rund 70 französische Rampen und Träger.

Über welches Kernwaffenpotential die NATO in Europa verfügt

- 3000 Sprengköpfe (1–2 kt) für
 - 300 – 430 Panzerhaubitzen 155 mm, Reichweite 16 km
 - 1020 – 1400 Panzerhaubitzen 203 mm, Reichweite 18 km
 - 150 – 250 Panzerhaubitzen 175 mm, Reichweite 32 km
- 1000 Sprengköpfe (40–400 kt) für

600 Raketen Sergeant, Reichweite 135 km (Die Raketenysteme „Sergeant“ und „Honest John“ werden z. Z. durch das Raketen-system „Lance“ abgelöst)

200 Raketen Pershing I a, Reichweite 900 km

- 2250 Sprengköpfe mit variabler Wirkung für 1000 landgestützte Flugzeuge mit Luft-Boden-Waffen insgesamt etwa
- 7000 – 10 000 Sprengköpfe in rund 60 Depots, davon rund
- 5000 Sprengköpfe in der BRD

(Nicht eingerechnet sind die Kernwaffen Frankreichs und Großbritanniens sowie die Sprengköpfe der Raketenabwehrsysteme und des Systems NIKE-HERCULES. Gegen Ziele in den sozialistischen Ländern richten sich weiterhin rund 2500 Sprengköpfe der Kernwaffenträger der US-Atlantik- und Mittelmeerflotte.)

Nach Wehrtechnik Nr. 5/1978 (BRD)

Konfrontation einzuschlagen, fordern heute: Keine neuen Atomraketen in Westeuropa! Dafür effektive Schritte zur Abrüstung! Dieser Forderung haben bis zum 8. November 6,6 Millionen Bürger unseres Landes mit ihrer Unterschrift unter die Willenserklärung der DDR zur Friedensinitiative der Sowjetunion nachhaltigen Ausdruck verliehen. In den letzten Tagen erhielten wir im Zusammenhang mit dem großen politischen Gespräch, das überall in der DDR über Grundfragen der welt-politischen Entwicklung geführt wird, eine Reihe von Anfragen zu Einzelheiten der neuen gefährlichen Eskalation der imperialistischen Hochrüstung, denen wir mit den Beiträgen auf dieser Seite Rechnung tragen wollen.

Warum die „NATO-Raketenlücke“ ein Lügengeschäft ist

Die „Süddeutsche Zeitung“ (BRD) berichtete in ihrer Ausgabe vom 5. November 1979 unter der Überschrift „In der Raketenlücke der NATO nistet der Zweifel“ über eine Studie aus dem Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das unter der Leitung von Bundeswehr-General a. D. Wolf Graf Baudissin steht. Diese Studie weist nach, daß eine sogenannte Abschreckungslücke im Mittelstreckenbereich nicht existiert. Wo von der NATO eine zahlenmäßige Disparität zwischen NATO und Warschauer Vertrag behauptet wird, werden vom Nordatlantikpakt wesentliche Potentiale unterschlagen — nämlich die dem Oberkommando der

NATO unterstellten Poseidon C 3 U-Boote der USA und die Kernstreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs. Bei Einbeziehung dieser Waffen verfügt die NATO über insgesamt 199 Mittelstreckenraketen großer Reichweite mit 674 Sprengköpfen. Die Zeitung schreibt: „Unter Berücksichtigung qualitativer Faktoren — die entsprechenden Daten stammen aus dem Londoner Institut für Strategische Studien — läßt sich das Verhältnis (zwischen NATO und Warschauer Vertrag bei nuklearen Mittelstreckenwaffen) sogar noch weiter zugunsten des Westens verschieben, so daß letztlich auf diesem Gebiet ein Gleichgewicht in Europa“ herrscht.

Zu den gleichen Schlußfolgerungen kam der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des niederländischen Parlaments, K. de Vries, der laut westlichen Pressemeldungen nachwies, daß die NATO in Westeuropa und den angrenzenden Gewässern sogar über 2505 Atomwaffen mit einer Reichweite zwischen 650 und 5600 km verfügt, und der deshalb vor der „dramatischen Entwicklung, welche die Einführung neuer gegen die Sowjetunion gerichteter Schlagkraft darstellen würde“, nachhaltig warnte.

Verschwiegen wird, daß nur ein kleiner Teil des USA-Kernwaffenpotentials in West- und Mitteleuropa der NATO unterstellt ist. Die Gesamtzahl der Kernwaffenträger auf dem Territorium Westeuropas übersteigt 3000, allein aus den USA stammen für diese Träger etwa 9000 nukleare Sprengsätze — mehr als das Doppelte des operativen Kernwaffenarsenals der Länder des Warschauer Vertrages.

Und dieses atomare Pulverfaß soll spätestens bis 1983 nochmals durch nahezu 600 US-Mittelstreckenraketen neuen Typs aufgestockt werden!

Dies also ist die Sprache der Tatsachen. Um davon loszukommen, wird mit plumpen Fälschungen gearbeitet.

Plumpe Fälschungen

Die Illustrierte „Stern“ schreibt (indem sie sich auf Äußerungen von Bundesverteidigungsminister Apel bezieht) über eine gängige Methode der NATO-Militärs: „Um den Ostblock-Staaten eine dreifache Überlegenheit an Panzern anzudeuten, zählten sie alle Tanks zusammen, die dort seit dem Zweiten Weltkrieg jemals in Dienst gestellt worden waren — selbst Uralt-Fahrzeuge des Typs T 34 gerieten in die Statistik. Gleichzeitig wurden angeblich hochmoderne Superpanzer gesichtet, die bald darauf als Modelle aus den sechziger Jahren enttarnt werden konnten. Dafür wurden bei der Auflistung der NATO-Abwehr einige tausend Panzerfahrzeuge der Reserve ‚vergessen.‘“ („Stern“, 2. 11. 1978).

Ähnlich äußerte sich die „Frankfurter Rundschau“, wobei sie zeigte, daß dies ebenso bei „Vergleichen“ von Flugzeugen, Truppenstärken usw. „gemanagt“ wird. So wird z. B. der Trick angewandt, auf der Seite des Warschauer Paktes die Grenztruppen, die inneren Sicherheitsorgane, die Baeinheiten usw. zu den regulären Soldaten zu zählen, während dies bei den NATO-Truppen nicht so geschieht. So kommt es dann dazu, daß der Warschauer Pakt „mehr Soldaten als die NATO“, „militärische Überlegenheit“ hat.

In Wirklichkeit erstrebt die Sowjetunion keine militärische Überlegenheit, sondern Abrüstung. Genosse Breshnew unterstrich diesen Grundsatz der sowjetischen Politik noch einmal am 6. 10. 1979: „Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: In den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil — die Zahl der Abschussrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen. Reduziert wurde auch die Anzahl von Mittelstreckenbomben. Und auf dem Territorium anderer Staaten stationiert die Sowjetunion derartige Waffen überhaupt nicht. Seit Jahren erhöhen wir auch nicht die Stärke unserer Truppen, die in Mitteleuropa stationiert sind ...“

**Sowjetunion erstrebt
Abrüstung**

Ich möchte auch feierlich bekräftigen, daß die Sowjetunion niemals Kernwaffen gegen diejenigen Staaten einsetzen wird, die auf Herstellung und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihren Territorien haben ...

Was die Sowjetunion betrifft, so wiederhole ich immer wieder, daß wir keine militärische Überlegenheit anstreben. Es war und ist nie unsere Absicht, irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten zu bedrohen. Unsere strategische Doktrin ist ausgesprochen auf Verteidigung ausgerichtet.“ („UZ“, 9. 10. 1979)

Daß dem so ist, haben auch andere Persönlichkeiten zugegeben, die alles andere als Kommunisten sind.

Herbert Wehner, SPD-Fraktionsvorsitzender, über das sowjetische Mi-

litärpotential: „... das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und rechnen, aber das ist defensiv und nicht Aggression...“ (FAZ, 5. 2. 1979)

In einem Interview mit der „UZ“ äußerte sich der italienische General Nino Pasti, ehemals stellvertretender NATO-Oberkommandierender, zu diesem Problem:

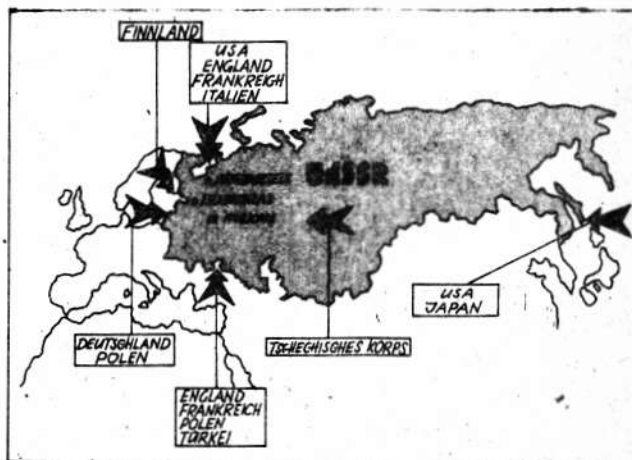
„UZ: Herr Pasti, die NATO sagt, daß die Produktion und die Stationierung von Mittelstreckenraketen notwendig sei, weil es ein Ungleichgewicht gebe zwischen den militärischen Blöcken. Was sagen Sie zur strategischen Situation in Europa und in der Welt?

Nino Pasti: „Die Stationierung neuer Raketen in Europa wie Pershing II sowie die Stationierung von Cruise Missile ist nicht gerechtfertigt durch die Stationierung der SS 20 in der Sowjetunion. Offizielle NATO-Dokumente sind sehr klar und eindeutig in diesem Punkt. Die SS 20 ist eine Erneuerung alter Raketen, und zwar der SS 4 und SS 5, die etwa 20 Jahre alt waren. Es handelt sich also um einen ganz normalen Austausch, der das Kräfteverhältnis in Europa nicht beeinträchtigt. Das Dokument ist noch genauer: Falls die Sowjetunion zusätzlich 140 SS-20-Raketen stationiert — zusätzlich zu den 100 bereits bestehenden — und gleichzeitig alle SS-4- und SS-5-Raketen abrüstet, wird die Balance erhalten. Es ist also keine Beeinträchtigung der Balance. Also erst wenn die Sowjetunion mehr als 140 Raketen zusätzlich stationiert, ist ein gewisses Risiko vorhanden für die Balance.“ („UZ“, 16. 11. 1979)

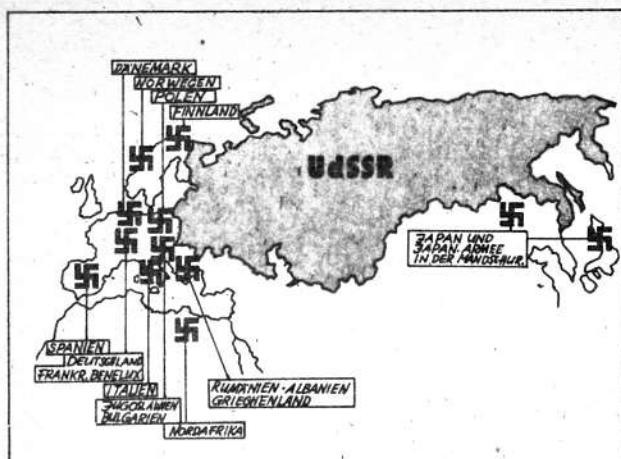
Die wahren Ziele der NATO-Rüstungspläne

Wer wirklich das militärische Gleichgewicht verändern will — und wozu ! —, das sagt mit wünschenswerter Offenheit Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter: „Deshalb unterstreiche ich immer wieder, daß es nicht die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt sein muß, den Status quo zu bewahren oder ein Kräftegleichgewicht zu erhalten... Ich halte nukleare Überlegenheit nicht für politisch bedeutungslos... Es liegt darin ein politisch ausbeutbarer Faktor.“ („UZ-Extra, Dezember 1979)

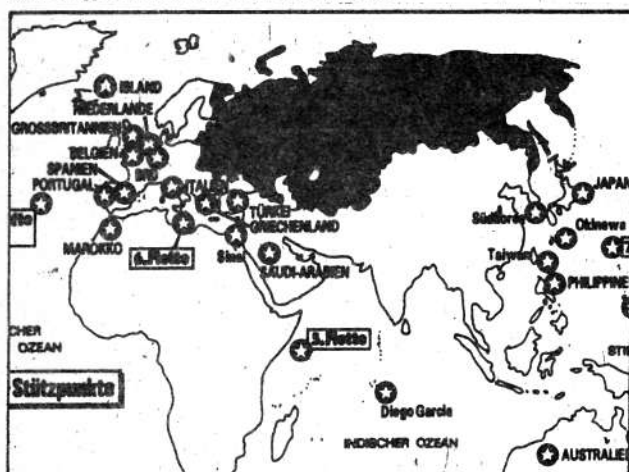
Diesem Ziel dienen in Wahrheit die neuen NATO-Rüstungspläne. Und eben diesem Ziel dient die Strategie der Errichtung von Aggressionsbasen des Imperialismus rund um die Sowjetunion, die ja ihre Geschichte seit 1917 hat.



Umzingelt: Die Oktoberrevolution hatte soeben gesiegt, da fielen Truppen der kapitalistischen-Länder USA, Japan, England, Frankreich, Italien, Deutschland, Finnland, Polen, Türkei und das tschechische Korps über die UdSSR her.



Umzingelt: Vor dem Überfall auf die Sowjetunion hatte die Hitlerwehrmacht Militärstützpunkte und Aufmarschbasen von Finnland im Norden bis Nordafrika im Süden, und japanische Truppen drohten von See und der Mandschurei.



Umzingelt: 386 Militärstützpunkte hat die USA um die Sowjetunion errichtet. Eine halbe Million US-Soldaten – das ist jeder vierte US-Bürger in Uniform – hat das Pentagon im Ausland stationiert. Wer bedroht eigentlich wen?

Kennen etwa diejenigen, die die Bedrohungslüge verbreiten, die Wahrheit nicht?

Was sagen die Herren, die das Märchen von der sowjetischen Bedrohung in die Zeitungen setzen lassen, damit Panzer um Panzer, Flugzeug um Flugzeug, Rakete um Rakete in immer neuen Rüstungsrunden vom Volk, vom Steuerbezahlter bezahlt werden, wenn das Volk nicht dabei ist? Wir rufen eine Reihe von Sachverständigen in den Zeugenstand.

Zeuge John Foster Dulles, den älteren Mitbürgern bekannt als langjähriger US-Außenminister. Er war sozusagen der Erfinder des kalten Krieges. Er sagt, daß „die sowjetische Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht beabsichtigt, den Krieg als Instrument ihrer nationalen Politik anzuwenden. Ich kenne keinen Militär oder Zivilbeamten in dieser oder irgendeiner Regierung, der davon überzeugt wäre, daß die sowjetische Regierung sich zur Zeit mit Eroberungsabsichten in Form einer militärischen Aggression trägt.“ (F. R. Schumann: Russia since 1917, New York 1957, S. 394)

Zeuge „NATO-Brief“. Man kann ihn nicht wie „Bild“ am Kiosk kaufen, er gehört zu den internen Informationsdiensten der NATO. Zeuge „NATO-Brief“ sagt Ende 1977: „Die Sowjetunion hat nie die Absicht gehabt — und hat sie wahrscheinlich auch heute nicht —, einen nuklearen Angriffskrieg zu führen. Ja, die Sowjetunion hat überhaupt nicht die Absicht, einen Krieg zu führen.“ (NATO-Brief, Nr. 5/1977)

Zeuge George Kennan. Er war lange Jahre US-Botschafter in Moskau. „Das Bild von einem Rußland, das darauf aus ist, den Westen anzugreifen und nur durch unseren Besitz nuklearer Waffen davon abgehalten wird, ist zum großen Teil ein Produkt westlicher Phantasie.“ Und weiter sagt er über seine Eindrücke aus Moskau: „Jedem war es vollkommen klar, daß die sowjetische Führung keinen Versuch beabsichtigte, die Sache des Kommunismus über die Grenzen des Landes hinaus durch militärische Operationen der eigenen Streitkräfte voranzutreiben.“ (in: Horowitz, Der kalte Krieg, Westberlin 1969, S. 17, S. 22)

Zeuge Fred Neal. Er war Berater für „Probleme Rußlands und Osteuropas“ des State Departments der USA. Fred Neal: „Die Grundlage unserer Politik gegenüber der Sowjetunion ist die These von der ständig drohenden Gefahr der sowjetischen Aggression. In Wirklichkeit besteht eine solche Gefahr nicht. Dieser Grundsatz aber wird von so vielen Menschen geglaubt, daß er fast niemals in Zweifel gezogen wird.“ Der amerikansiche Publizist Sidney Lens ergänzt: „Damit das Land weiterhin Berge von Geld für Rüstung verausgaben kann, ist es wichtig, daß die kommunistische Gefahr im Bewußtsein der Amerikaner an erster Stelle steht.“ (in: J. Jackson, The View from Here, New York 1963, S. 123)

Zeuge General Schmückle, Stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa: „In Bündnissen beeinflussen Militärs die Rüstung durch die Darstellung der Bedrohung. Dadurch kann, wenn die Stärke der Gegenseite übertrieben und zugleich eine unmäßige militärische Antwort empfohlen wird, weiterer Auftrieb für die Rüstung entstehen.“ („Stern“, 8. 12. 1977)

Es ist nicht einmal schwer, selbst bei so haßerfüllten Antikommunisten wie William S. Schlamm, folgendes zu lesen: „Denn die ungeheuerliche Essens des Konflikts zwischen dem Kommunismus und dem Westen... ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert... Der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen.“ (W. S. Schlamm, Die Grenzen des Wunders, Zürich 1959, S. 185)

Dies ist so seit dem Sieg der Bolschewiki, seit dem ersten Dekret der Sowjetmacht, dem Dekret über den Frieden.

Warum aber verbreiten sie dennoch die Bedrohungslüge?

Dennoch wird immer wieder die Lüge von einem drohenden sowjetischen Angriff oder von einer sowjetischen Bedrohung verbreitet. Welche Gründe gibt es dafür?

1. **Es soll ein Nebelvorhang erzeugt werden, hinter dem die imperialistischen Kräfte ihre Rüstungspolitik verstärken können.** Die angeblich drohende sowjetische Gefahr soll die normalen Menschen — die durchaus in Frieden leben wollen — zur Duldung vermehrten Rüstens bereitmachen. Diesen Mechanismus beschrieb US-Brigadegeneral Hugh B. Hester so: „Jedesmal, wenn die Rüstungsbewilligungen zur Debatte stehen, wird berichtet, an der Küste seien sowjetische U-Boote gesichtet worden, werden neue sowjetische Bomber oder Raketen entdeckt. Man läßt solche Dinge durch die

Warum die Lüge von einem drohenden sowjetischen Angriff?

Presse sickern, um den Bürger zu schrecken, ihn zu veranlassen, sich mit höheren Bewilligungen für die Landesverteidigung abzufinden, ja sie selbst zu fordern.“ (in: „Neue Zeit“, Nr. 33/1969, S. 5 f.) „So wurde in den fünfziger Jahren eine hysterische Kampagne über eine sogenannte ‚Bomber-Lücke‘ der USA entfesselt. Das Wettrüsten wurde angeheizt. Bald wurde zugegeben, daß die US-‚Befürchtungen‘ absolut unbegründet waren. Aber das Ziel war erreicht: der Bau einer Flotte strategischer B-52-Bomber.“ (G. Kade, Die Bedrohungslüge, a.a.O., S. 68)

Oder nehmen wir die großbürgerliche Wochenzeitung „Die Zeit“: „Vor 20 Jahren hat das Gejammer über eine Raketenlücke, von der sich später herausstellte, daß es sie nie gab, zu einem hektisch forcierten Ausbau der amerikansichen Raketenwaffe geführt.“ („Die Zeit“, 14. 9. 1979)

Und zwar wurden 1000 interkontinentale Raketen und eine ganze Flotte raketenbestückter U-Boote gebaut!

Nach dem gleichen Muster sollten die Neutronenbombenpläne der USA durchgeboxt werden, was jedoch am Widerstand der Völker zunächst scheiterte. Und auf die gleiche Weise werden jetzt die neuen Atomraketen hierher gelobt. Die eigenen Erklärungen Carters, Schmidts, Apels usw. vom Rüstungsgleichgewicht zwischen „Ost“ und „West“ sind „vergessen“. Statt dessen wird lauthals von der Notwendigkeit der „Nachrüstung“ wegen eines angeblichen Vorsprungs des Warschauer Pakts gesprochen.

2. Die Bedrohungslüge dient zur Bemäntelung des Abbaus sozialer

Errungenschaften des Volkes. Die ältere Generation kann sich noch sehr gut daran erinnern, wie die Bedrohungslüge in der Nazizeit von Göring mit der „Losung“ ergänzt wurde: „Kanonen statt Butter!“ Das ist auch heute nicht anders. Pro Jahr verliert jeder Bürger der Bundesrepublik (vom Säugling bis zum Uraltrentner) wegen der Rüstung rund 850 Mark. Die können für andere, wichtige Dinge nicht ausgegeben werden. Und nach dem Befehl aus den USA soll dieser Betrag kräftig steigen. Das geht nur bei weiterem Sozialabbau.

3. Die Bedrohungslüge dient dazu, oppositionelle Kräfte als Agenten der uns angeblich bedrohenden Sowjetunion zu verleumdern.

So soll jenes mögliche Widerstandspotential besser unter der Fuchtel gehalten werden, das sich gegen den sozialreaktionären Bonner Kurs, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die friedensgefährdende Rüstungspolitik zu wehren bereit ist. Wenn oppositionelle Kräfte aber Agenten der Sowjetunion sind, von der wir angeblich bedroht werden, können damit die sog. Staatsschutzbestimmungen, die Berufsverbote usw. verschärft bzw. aufrechterhalten werden.

4. Die Bedrohungslüge muß als Begründung für die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker herhalten.

Das gilt zunächst schon im NATO-Bereich, wo nicht nur der amerikanische, sondern auch der bundesdeutsche Imperialismus durch seine jeweilige Regierung — etwa in Italien gegen die „Gefahr“ von Ministern aus der KPI oder in Portugal gegen die progressive Regierung Gonzalves — „arbeiten“ ließ. Es gilt erst recht für die Entwicklungsländer. Da wird Khomeini als „Geheimagent Moskaus“ hingestellt. Die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, in Äthiopien usw. sind nur „Agenten Moskaus“, gegen die eine amerikanische Blitzkriegstruppe in Stärke von 100 000 Mann geschaffen wird. Allein seit 1945 drohten die USA in insgesamt 215 Fällen bei außenpolitischen Aktionen mit dem Einsatz militärischer Macht

Rüstungspolitik soll verstärkt werden

Abbau sozialer Errungenschaften

Verleumdung oppositioneller Kräfte

Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker

oder wandten sie an (Washington Post, 4. 1. 1977). In 121 Fällen verübten andere imperialistische Staaten Aggressionen. Zumeist erfolgten die Aggressionen unter dem Vorwand einer „Abwehr der sowjetischen Gefahr“ oder der „Zurückdrängung des Kommunismus“. Nennen wir einige Aggressionen:

USA u. a. gegen Korea — 1951

USA gegen Guatemala — 1954

USA und Großbritannien gegen Libanon und Jordanien — 1958
von den USA unterstützter Invasionsversuch gegen Kuba — 1961

USA gegen Vietnam — 1961—1975

USA gegen Panama — 1964

USA gegen Laos — 1964—1974

USA gegen Dominikanische Republik — 1965

USA gegen Kambodscha — 1970—1975

USA, Frankreich und Belgien in Shaba (Zaire) — 1978

Worum es bei diesen Überfällen tatsächlich ging, spricht die „Wirtschaftswoche“ am Beispiel Zaire offen aus: „Im diplomatischen Sprachgebrauch nannte sich das Ganze ‚eine humanitäre Rettungsaktion unter militärischem Schutz‘. In Wirklichkeit aber setzten die Großmächte Fallschirmjäger ein, um Wirtschaftsinteressen zu wahren“ (Wirtschaftswoche, 23. 5. 1978).

Kade kommentiert das mit Recht: „Das heißt, es geht um die Profitinteressen der Kupferkonzerne, um Privilegien, Rohstoffquellen und Investitionssphären. Und es geht um Stützpunkte, weil es um Rohstoffe und Profite geht. Dafür verlangt NATO-General Alexander Haig eine ‚alliierte militärische Präsenz im globalen Maßstab‘ sowie ‚regionale militärische Potentiale‘ in den Ländern der ‚Dritten Welt‘. Wörtlich Haig: ‚Es gibt keinen Ersatz für Streitkräfte an Ort und Stelle‘ (FAZ, 4. 1. 1978)“ (Kade, a. a. O., S. 77).

5. Die Bedrohungslüge ist ein Instrument des vielfältigen Kampfes gegen den Sozialismus.

Erstens im Sinne einer direkten militärischen Bedrohung. Selbst die „Frankfurter Rundschau“, keineswegs kritisch zu den jüngsten amerikanischen Aufrüstungsplänen stehend, mußte über diese sagen: „daß für die Sowjetunion tatsächlich eine neue Situation im strategischen wie im taktischen Bereich entstünde, wenn in Westeuropa zusätzliche Nuklearwaffen stationiert würden, die unmittelbar das Territorium der Sowjetunion bedrohen. Umgekehrt können die vergleichbaren Waffen des Warschauer Paktes, seien es Raketen der Typen SS 4, SS 5 oder auch die neue SS 20, das Gebiet der USA nicht erreichen. Für Moskau wird demnach die potentielle Gefährdung im eigenen Land größer „während sich durch die SS 20 lediglich die Qualität der Waffen verbessert“ (Frankfurter Rundschau, 7. 12. 1979).

Dies ist jedoch keineswegs die einzige Art und Weise, wie der Imperialismus mit dem Knüttel des Wettrüstens gegen den realen Sozialismus kämpft. Das Bulletin des US-amerikanischen Defense Information Center sagt unumwunden, daß bestimmte „Waffen die Sowjets ‚zwingen‘ werden, mehr Geld auszugeben“ („Defense Monitor“, Mai 1976, Band V, Nr. 3, S. 4). Durch den Zwang zur Rüstung soll der Sozialismus daran gehindert werden, seinen Aufbau zugunsten des Volkes zu beschleunigen. Anders gesagt: Sie würden den Sozialismus gern tottrüsten!

Die französische Zeitung „Les Echos“ verkündete diese Absicht in den Worten: „Es geht darum, die Sowjetunion sowohl auf psychologischem als auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu schwächen.“ („Les Echos“, 12. 7. 1977) Und die britische Wochenzeitschrift „Economist“ erläuterte, das Wettrüsten sei für den We-

Kampf gegen den realen Sozialismus

sten „Methode“. Auch wenn er keine militärische Überlegenheit erreiche, so wolle er doch wenigstens die UdSSR „auszehren“. Eine neue Runde des Wettrüstens solle zumindest, so frohlockt das Blatt, dem sowjetischen „Verbraucher ein immer größeres Stück Butter wegnehmen“. („The Economist“, 19./25. 8. 1978)

Die Bedrohungslüge soll schließlich dazu dienen, die Ursachen für Kriege und Rüstung zu verwirren: der Sozialismus soll Kriegsursache sein. Man muß zugeben, daß der abenteuerliche Kurs der Pekinger Großmachtchauvinisten diesem ideologischen Verwirrspiel imperialistischer Meinungsmacher „Argumente“ liefert. Solche Verleumdung des Sozialismus ist für die imperialistischen Kräfte gerade heute wichtig, wo die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer mehr vor allem junge Menschen zur Suche nach einer Alternative zum reaktionären und aggressiven Imperialismus führt. Der Sozialismus kann aber jenen keine Alternative sein, denen er als kriegslüstern erscheint.

Die Bedrohungslüge wirkt dabei auch darum heute und bei so vielen Menschen in unserem Lande, weil sie von Strauß bis Helmut Schmidt vorgetragen wird, und angesichts dieser „Großen Koalition“ sich im Volk die Meinung breit macht: „Wenn sogar SPD-Politiker die Behauptung von sowjetischer Rüstungsüberlegenheit verbreiten, dann wird etwas dran sein.“ Und wenn — wie viele glauben — der Frieden auf dem Rüstungsgleichgewicht beruht, dann stimmen sie — vor dem Hintergrund dieser Lüge über die sowjetische „Vorrüstung“ — der „Nachrüstungs“-These zu, weil sie glauben, damit der Sicherung des Friedens zu nützen. Wenn wir gegen diesen Irrglauben angehen wollen, müssen wir zeigen, daß vom Sozialismus weder die Anstöße für Rüstung noch für Krieg ausgehen, sondern daß beides im Imperialismus wurzelt.

2. Warum sind Sozialismus und Friedenspolitik untrennbar miteinander verbunden?

Was antwortet die Geschichte auf diese Frage? Der Sowjetstaat trat ins Leben mit seinem ersten Dekret, dem über den Frieden. Die Sowjetunion ist dieser Politik stets treu geblieben. Das müssen sogar ihre Gegner einräumen. Kein geringerer als USA-Präsident Kennedy sagte am 30. 1. 1961 in seiner Antrittsrede: „Wir sind nicht bereit gewesen, Abrüstungspläne zu entwerfen und waren nicht fähig, eigene schöpferische Vorschläge zu machen — immer haben wir die Initiative in den Händen der Russen gelassen.“ („Frei-Demokratische Korrespondenz“, 16. 3. 1961)

Kennedy war nicht der einzige, der so offen auf den wirklichen Sachverhalt einging. Im Münchner Kindler-Verlag erschien vor Jahren das Buch „Wettlauf der Waffen“ von Philipp Noel Baker. Er, ein englischer Minister, war langjähriger offizieller Vertreter Großbritanniens in den Abrüstungsverhandlungen. Die entscheidende Schlußfolgerung seines Buches war: die weitestgehenden Vorschläge für Abrüstung und deren Kontrolle kamen aus der Sowjetunion. Es war der „Westen“, der selbst dann noch „Nein!“ sagte, wenn die UdSSR die ursprünglichen westlichen Vorschläge annahm.

Auch Fritz Vilmar, weiß Gott kein Freund der Kommunisten, hat diesen Nachweis in seinem Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ geliefert.

Worin bestehen die gesellschaftlichen Grundlagen für den Zusammenhang von Sozialismus und Frieden?

Ursachen für Krieg und Rüstung soll verschleiert werden

Antworten der Geschichte

Marx und Engels zu Krieg und Frieden

Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und der Länder der sozialistischen Gemeinschaft überhaupt ist nicht zufällig, nicht nur an die Person dieses oder jenes führenden Politikers gebunden. Sie ist vielmehr in den gesellschaftlichen Verhältnissen im Sozialismus begründet.

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schreiben Marx und Engels über den Zusammenhang von Klassen- und nationaler Unterdrückung, die den Krieg bedingt. „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“ (K. Marx / F. Engels, Werke, Bd. IV, S. 479; Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Bd. I, S. 435 f) und weiter: „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erreicht, wie jenes große Ziel erreichen, mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piraterischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?“ Die Arbeiterklasse müsse sich vereinigen zu einer „auswärtigen Politik“, die Friedenspolitik und „eingeschlossen“ ist „im allgemeinen Kampf für die **Emanzipation der Arbeiterklasse**.“ (Ebenda, Bd. XVI, S. 13; Bd. III, S. 16)



Diese Gedanken fortführend, stellt Marx darum in der Adresse des Generalrats der I. Internationale zum deutsch-französischen Krieg 1870 für die siegreiche Arbeiterklasse, für die sozialistische Gesellschaft fest, daß das „internationale Prinzip der Friede sein wird ...“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 17, S. 7)

Dem Kampf um den Frieden ist die siegreiche Arbeiterklasse, sind aber auch schon die um die Arbeitermacht kämpfenden Sozialisten stets treu geblieben. Das reicht von August Bebel und Wilhelm Liebknechts Wort, 1870, zu Beginn des deutsch-französischen Krieges im

Norddeutschen Reichstag ausgerufen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“, bis über den Kampf der Linken um Lenin, Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin u. a. auf den großen Kongressen der II. Internationalen gegen Krieg und Wettrüsten, bis zu Liebknechts mannhafem „Nein!“ zu den Kriegskrediten für den deutschen Imperialismus und Militarismus 1914; von Thälmanns Warnung: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ bis zum aufopferungsvollen Kampf der Kommunisten Europas — allen voran die sowjetischen Kommunisten — gegen Hitlers Kriegsmaschinerie; vom Kampf der Kommunisten der Bundesrepublik gegen die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus bis zum Wirken gegen die atomare Bewaffnung Bonns.

Leider muß man sagen, daß die rechtssozialdemokratischen Führer in dieser Lebensfrage unseres Volkes immer wieder versagt haben: sie stimmten Kaiser Wilhelms Kriegskrediten zu. Sie ließen die Panzerkreuzer bauen, mit denen Hitler Krieg führte. Sie sagten Ja zu Adenauers Wehrverfassung. Und jetzt ist die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Vorreiter des NATO-Raketenbeschlusses.

Der Zusammenhang von Sozialismus und Frieden ergibt sich aus den politischen Macht- und ökonomischen Eigentumsverhältnissen im Sozialismus. Die herrschende Klasse im Sozialismus ist die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist aber zutiefst am Frieden interessiert. Waren es doch stets die Arbeiter wie die anderen arbeitenden Menschen, die die imperialistische Rüstungs- und Kriegspolitik mit materiellen Entbehrungen, mit ihrer Gesundheit oder gar mit dem Leben bezahlen mußten. Zudem könnte der Sozialismus ohne die Belastungen der Rüstung seine Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus noch weit stärker zur Geltung bringen. Die ökonomische Grundlage des Sozialismus ist das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Unter diesen Bedingungen gibt es aber keine Klasse oder Schicht, die ein materielles Interesse an Rüstung oder gar Krieg haben kann. Niemand kann durch eine solche Politik verdienen. Alle verlieren, weil die für Rüstungszwecke verwandten Mittel beim weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt, bei der Entwicklung des Lebensstandards fehlen!

Diesen Zusammenhang müssen manchmal auch bürgerliche Zeitungen eingestehen. So kann man ausnahmsweise einmal der „Frankfurter Rundschau“ zustimmen, wenn sie am 13. 8. 1979 feststellt: „Eines freilich sollte mit großem Ernst und endlich auch mit Ehrlichkeit bedacht werden: Im Osten gibt es niemanden, der an der Rüstung verdient, keine Aktionäre, Manager, keine pensionierten Offiziere oder Politiker als Berater. Es gibt dort nicht diese Art Rüstungslobby wie im Westen.“

3. Warum ist der Imperialismus die Quelle von Rüstung und Krieg?

So wie sich als roter Faden durch die Geschichte der Sowjetunion das beharrliche Ringen um Frieden und Abrüstung zieht, so ist die Geschichte des Imperialismus eine Geschichte von Aggression und Krieg. Der erste Weltkrieg war ein Krieg zwischen imperialistischen Räufern um die Neuaufteilung der Welt. Er brach aus, als es noch kein sozialistisches Land gab. Auch der zweite Weltkrieg begann als Krieg zwischen imperialistischen Mächten. Die Sowjetunion geriet als Opfer eines Überfalls in diesen Krieg. Schon diese geschichtlichen Erfahrungen sollten zum Nachdenken anregen, wenn uns die Wanderprediger des Imperialismus einreden wollen, der Sozialismus und nicht der Imperialismus sei die Quelle von Aggression und Krieg.

Die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung und der Kampf für den Frieden

Geschichte des Imperialismus ist Geschichte der Aggression

Imperialismus und Krieg haben gesellschaftliche Ursachen

Das Wesen des Imperialismus hat sich nicht verändert

Wie wir im ersten Abschnitt dieses Heftes dargelegt haben, hat der Imperialismus, vor allem der USA-Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg viele Dutzend militärische Konflikte vom Zaun gebrochen. Auch sie bestätigen, daß der Imperialismus und nicht der Sozialismus die Quelle von Aggression und Krieg ist.

So war es ja nicht das sozialistische Vietnam, das die imperialistische USA angegriffen hat, sondern umgekehrt. Mittlerweile geben ja auch die USA zu, daß der sogenannten Tonking-Zwischenfall, der zum Vorwand für den Überfall auf Vietnam diente, genauso eine vom USA-Imperialismus selbst inszenierte Geschichte war wie der angebliche Überfall auf den Sender Gleiwitz, der Hitler den Vorwand für den zweiten Weltkrieg gab.

Auch der Zusammenhang von Imperialismus und Krieg ist nicht zufällig, nicht nur an diese oder jene Person, sondern an gesellschaftliche Ursachen gebunden.

Imperialismus bedeutet ökonomisch, daß sich einige große produktions- und marktbeherrschende Firmen und Banken (Monopole) herausgebildet haben, die sich entsprechend dem kapitalistischen Konkurrenzgesetz international um den größten wirtschaftlichen Einfluß, um die billigsten und profitabelsten Rohstoffquellen und Arbeitermassen unseres Erdballs streiten. In dem Maße, wie sich ihre Stärke zueinander ändert, ringen sie um die Festlegung der jeweils „angemessenen Rangordnung“. Unter imperialistischen Bedingungen bedeutet dies, daß die jeweiligen Staaten, die „ihrem“ Imperialismus dienen, die Bedingungen eines solchen Kräftemessens schaffen: durch Aufbau von Armeen, durch Rüstung, durch das „Kräftemessen“ auf dem Schlachtfeld.

Erst mit der Entstehung und Stärkung des Sozialismus kam es hier in den letzten Jahrzehnten zu einer wichtigen Änderung. Der Sozialismus wurde so stark, daß sich die imperialistischen Führungskräfte fragen müssen, ob ein Krieg zwischen ihnen noch das geeignete Mittel sei, das Kräfteverhältnis zu messen und die Einflüßbereiche untereinander aufzuteilen. Es leuchtet ihnen ein, daß Krieg zwischen ihnen nicht Profit-Prozente, sondern das Profit-System in Frage stellen kann. Sie haben folglich andere, „zivilisiertere“ Formen des gegenseitigen Kräftemessens geschaffen (EG, Währungsfonds usw.).

Nicht das aggressive und reaktionäre Wesen des Imperialismus verschwand, sondern die Bedingungen änderten sich, unter denen sich der Imperialismus „entfalten“ kann. Wo es geht, wie zeitweilig in Indochina, im südlichen Afrika, da zündet er die Fackel des Raubkrieges an. Vor allem aber gegen seinen wirklichen Feind, gegen den realen Sozialismus, da macht er alle Furien der Bourgeoisie mobil, angefangen vom wilden Lügenfeldzug bis hin zur militärischen Drohung.

Der Imperialismus ist also auch heute noch, aus seinem Wesen heraus, aus seiner hemmungslosen Gier nach Höchstprofiten heraus die Quelle für Rüstung und Krieg. Mag es zwischen den jeweils regierenden oder „opponierenden“ Kräften, also etwa zwischen SPD-Führung, FDP, CDU, CSU, Meinungsverschiedenheiten über die gegenüber dem Sozialismus einzuschlagende Taktik geben — und solche Meinungsverschiedenheiten sind für uns keinesfalls nebensächlich — so darf darüber nie vergessen werden: **das sind** regierende bzw. „opponierende“ Kräfte eines **imperialistischen** Staates. Und der ist aus seinem Wesen heraus reaktionär und aggressiv.

Diese für die Völker schon in Friedenszeiten mit großen Belastungen verbundene imperialistische Politik des Dranges zum Krieg und seiner

Vorbereitung durch das Wettrüsten bringt dem Großkapital gewaltige Gewinne. So hieß es z. B. vor dem verhängnisvollen NATO-Raketenbeschuß vom Dezember 1979 im „Weser-Kurier“: „Es ist schwer vorstellbar, daß dieser Beschluß jetzt nicht gefaßt werden sollte. Dazu haben sich die ungleich mächtigeren und einflußreicheren Regierungen in Washington, Bonn, London und Rom schon zu sehr für die Pläne stark gemacht, mit denen ja auch erhebliche wirtschaftliche Interessen der Rüstungs- und der Nuklearindustrie der Vereinigten Staaten verbunden sind“ („Weser-Kurier“, 8./9. 12. 1979). Und „Der Spiegel“ schrieb: „Die Gewinne, bezogen auf die Eigenkapitalbasis, waren bei den Rüstungsfirmen fast dreimal so hoch wie im Durchschnitt der US-Industrie“ (Der Spiegel, Nr. 52/1975).

Eine Senatskommission des US-Kongresses errechnete, daß 164 von 169 Gesellschaften der Rüstungsindustrie Profite von 50 bis 200 Prozent erzielten, drei Gesellschaften von über 500 Prozent und eine von mehr als 2000 Prozent. 30 der rund 100 Großlieferanten des Pentagon und der NATO haben Aktiva von mehr als 1 Milliarde Dollar. („Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 9/78, S. 1286)

Imperialismus, Rüstung und Krieg gehören also zusammen, weil die Rüstungsmonopole Profite, riesige Profite, die höchsten Profite mit dem Rüstungsgeschäft machen können.

Kann dem imperialistischen Drängen nach Rüstung und Krieg Einhalt geboten werden?

Wir nehmen die gewaltigen Anstrengungen der imperialistischen Kräfte wahr, die Rüstungsschraube weiterzudrehen und zu diesem Zweck verstärkt mit der Bedrohungslüge zu arbeiten. Wie kommt es, daß sich diese gegen den Entspannungskurs gerichtete Politik so verstärkte? Und wie ist es zu erklären, daß sich Kräfte, die bei der Durchsetzung der Entspannungspolitik eine positive Rolle spielten — etwa Brandt und Wehner —, jetzt zu Einpeitschern einer neuen Runde des Wettrüstens wurden?

Ganz offensichtlich sind einflußreiche Kräfte im imperialistischen Lager mit den Ergebnissen der Entspannungspolitik nicht zufrieden. Das gilt nicht nur für die Rechtskräfte. Die Befreiung ganz Indochinas, oder der Zusammenbruch faschistischer Regime in Portugal, Griechenland und Spanien — das geschah ja im Zeichen einer internationalen Lage, die von Entspannungspolitik geprägt war — ist für sie schwer zu verwinden. Sie sind tief erschrocken über die revolutionären Prozesse in Angola, Mozambique, Äthiopien, Afghanistan — um nur einige Länder zu nennen. Auch die Hoffnungen der imperialistischen Befürworter der Entspannungspolitik, kräftig aufweichend in die sozialistischen Länder hineinzuwirken, erwiesen sich als Utopie.

Das sind die Gründe, weshalb maßgebliche imperialistische Politiker die Entspannungspolitik stoppen oder gar zum kalten Krieg zurückkehren wollen, während die sozialistischen Länder, die Kommunisten, die Friedenskräfte in der Welt um ihre Fortsetzung und materielle Untermauerung durch Abrüstungsschritte kämpfen.

Damit ist aber die Frage gestellt, welche der beiden hier skizzierten politischen Grundlinien chancenreicher ist. Wir gehen davon aus, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung keine Alternative gibt. Wir sehen, in welcher dramatischer Weise der Befreiungsprozeß der Völker trotz mancher Rückschläge voranschreitet und zur Veränderung des Kräfteverhältnisses beiträgt. Wir wissen, wie sich — trotz schwieriger Bedingungen — der Sozialismus allseitig festigt und damit den Hauptbeitrag zur Stärkung der progressiven Kräfte in der Welt leistet.

Entspannungspolitik soll gestoppt werden

Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine Alternative für die Völker

Das ist eine solide Basis, eine solide Macht, mit welcher ökonomisch, politisch, diplomatisch, ideologisch, auch militärisch der Imperialismus zur Anerkennung und Beibehaltung der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und auch der Abrüstung gezwungen werden kann.

Freilich sind gerade in unserem Lande, dem zweitmächtigsten imperialistischen Land, weit größere Anstrengungen der Friedenskräfte nötig. Zu viele haben sich in den letzten Jahren der Entspannung in Illusionen über den Charakter des bundesdeutschen Imperialismus und Militarismus zu wiegen angewöhnt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gefahr des Krieges so lange besteht, wie es den Imperialismus gibt. Folglich ist Friedenspolitik heute wie auch früher eine Frage des Kampfes.

Dabei steht gegenwärtig im Vordergrund, die Verwirklichung der NATO-Atomraketen-Pläne zu verhindern, Verhandlungen für wirkliche Abrüstungsschritte zu erreichen. Dabei sollte man sich auch darüber klar werden, daß dieser Friedenskampf tief, bestimmend eingreift in alle anderen Kampffelder:

Abrüstung macht Mittel für soziale Zwecke frei. Abrüstung erschwert es den rechtesten Kräften, mit den Mitteln der Kriegshysterie den Abbau demokratischer Rechte noch weiter voranzutreiben. Abrüstung, die einhergehen würde mit der Zurückdrängung der „Bedrohungslüge“, erleichterte den Kampf gegen den Antikommunismus, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für breite demokratische Bündnisse.

Ein Aufschwung des Friedenskampfes tut not

Daß dies nicht unbegründete Hoffnungen sind, lehren uns Vergangenheit wie Gegenwart. Es gelang der großen Volksbewegung gegen die Remilitarisierung — die sich ab 1951 entwickelte —, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik um ein halbes Jahrzehnt zu verschieben. Die Antiatomwaffen-Bewegung verhinderte bis heute die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Durch den Kampf der Völker konnten die amerikanischen Pläne mit der Neutronenbombe zunächst verhindert werden. Und bei aller scharfen und berechtigten Kritik am SPD-Parteitag in Westberlin darf doch nicht übersehen werden, daß sich dort ein respektabler Widerstand gegen das Atomraketen-Waffen-Triumvirat Schmidt/Brandt/Wehner zu Worte meldete. Nimmt man dazu die tiefe Besorgnis über die NATO-Politik in einigen sozialdemokratischen Parteien Europas, so kann man sagen: ein stärkeres Anwachsen des Widerstandes gegen die antinationale und antidemokratische Politik der amerikanischen Atombomben-Mafia und ihrer Helfer in bundesdeutschen Regierungsstellen könnte durchaus einen Umschwung zu einer Politik der Vernunft bewirken. Dazu beizutragen, einen solchen Umschwung herbeizuführen, ist und bleibt die vorrangige Aufgabe unserer Partei in der Gegenwart. Sie liegt im nationalen Interesse unseres Volkes. Sie ergibt sich aus unserer internationalistischen Verantwortung, insbesondere auch gegenüber jenen Völkern, die Opfer des barbarischen Hitlerkrieges wurden, der vor 35 Jahren mit der totalen Niederlage der Aggressoren endete.

Lesetip

collectiv
literatur

G. Kade/
G. Matthiesen (Hrsg.)

**„Nachrüsten“
„Vorrüsten“
oder Abrüsten?
Die sowjetischen Vorschläge
zur Rüstungsbegrenzung
im Wortlaut**

Pahl-Rugenstein Verlag,
Köln, Kleine Bibliothek
Band 174, 124 S., 5,- DM
Best.-Nr.: 1120/7912068

Die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung finden in der Bundesrepublik nur wenig Verbreitung. Sie werden oft unvollständig oder entstellt wiedergegeben. Um eine bessere Diskussion zu ermöglichen, erscheint dieses aktuelle Buch.

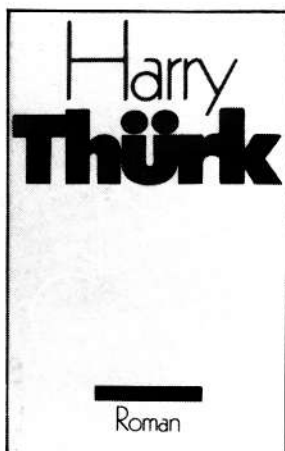


P. Klein/K. Engelhardt
Weltproblem

**Abrüstung
Politische und ökonomische
Probleme des Ringens um
Rüstungsbegrenzung und
Abrüstung**

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., Pappband,
222 Seiten, 11,- DM
Best.-Nr.: 1110/7911012

Mit dem vorliegenden Buch will der Herausgeber die objektiven Voraussetzungen und die subjektiven Möglichkeiten des Ringens der Völker um die Verwirklichung der Abrüstung analysieren. Er zeigt die darauf begründeten Hauptlinien der Politik der sozialistischen Länder zur Begrenzung des Wettübens und zur Abrüstung wie die Gegenpositionen der imperialistischen Hauptmächte.



Harry Thürk
**Der Gaukler
Roman**

Verlag Das Neue Berlin,
Taschenbuch, 2 Bände,
zus. 633 Seiten, 13,60 DM
Best.-Nr.: 54/6224288



Damnitz-Verlag, München,
Kleine Arbeiterbibliothek
Band 53, neue, vom Autor
durchgesehene Auflage,
419 Seiten, DM 9,80
Best.-Nr.: 1130/7913008

Heinrich Schmidt

**„Tornado“
Militär- und Rüstungs-
politik in der BRD
Die transnationale Rüstungs-
produktion der Luftfahrt-
industrie**

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., 112 S., Marx-
istische Paperbacks 92,
DM 8,50
Best.-Nr.: 1110/7911011

Gerhard Kade

**Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Ge-
fahr aus dem Osten“**

Pahl-Rugenstein-Verlag,
Köln, Kleine Bibliothek
Band 147, mit umfangreicher
Dokumentation, 300 Seiten,
DM 12,80
Best.-Nr.: 1120/7912006

**aus Ihrer
collectiv-Buchhandlung**

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 3

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68